

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 22.
Besuchzeiten der Redaction:
Dienstag 10—12 Uhr.
Mittwoch 4—6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anlage 15,500.
Abonnementpreis Viertel 4/2, Halbj. 8/2, incl. Frangiraten 5 Bk., durch die Post bezogen 6 Bk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 36 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf. Inkrust. 3 Hef. Belegexemplar 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Labelscher Satz nach überem Text. Anzeigen unter dem Rubrications-Preis Spaltweise 40 Pf. Inserate sind nach d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung proannuam oder durch Postnachschuß.

N^o 172.

Freitag den 21. Juni 1878.

72. Jahrgang.

Im Anschluß an die von dem betreffenden Comité veröffentlichte Bitte um Beiträge für die Gedenkblätter der auf dem Panzerschiff „Großer Kurfürst“ Verunglückten erklären wir uns gern bereit, Beiträge in unserer Festschriftsbuchhalterei (Rathhaus 1. Etage) entgegenzunehmen.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin.

Bekanntmachung.

Wegen notwendiger Ufer- und Brückenbauten an der Parkstraße und an Jürgenstein's Garten wird der Bierbrauergewerblich nicht unterhalb des Kirchwehres südlich von Mitte August d. J. ab auf ca. 6 Wochen abgeschlossen werden.

Indem wir dieses zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir die Adjacenten hierdurch auf, daß sie innerhalb der obigen Zeit, so weit ihre Grundstücke reichen, das Flußbett bis zu dessen Rente räumen und die etwa nöthigen, ihnen obliegenden Bauten und Reparaturen an Ufern, Brücken und dergl. ausführen lassen, widrigenfalls die Räumung und bez. die Bauten und Reparaturen auf ihre Kosten von Obigen fortbewegen ausgeführt werden würden.
Leipzig, am 17. Juni 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wangemann.

Bekanntmachung.

Die Ausmusterungs- und Ersatzreferendare II. Classe der in diesem Jahre hier gemusterten Mannschaften sind eingezogen und liegen auf unserm Quartieramt, Rathhaus 2. Etage, zum Abholen bereit, was hiermit zur Kenntnißnahme der Beteiligten gebracht wird.
Leipzig, am 18. Juni 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Lamprecht.

Zu den Wahlen.

Kürzlich bemerkte eine nationalliberale Stimme, die Parole: „Wiederwahl der liberalen Abgeordneten!“, könne man nicht ausgeben; ein solches Verlangen müsse sich aus der Menge der Wahlkreise heraus lösen lassen. So weit die Nachrichten bis jetzt vorliegen, kann man sagen, daß jermlich einstimmt von den verschiedenen Gegenden der Kreis erlangt. Vereinzelt Kreise sind wohl vorhanden, in denen ein Theil der Liberalen aus wirtschaftlichen Gründen auf andere Candidaten vorgelassen. So berichtet man aus dem westfälischen Hagen, daß die Schutzjäger alle Mienen springen lassen wollen, um den Freihändler Eugen Richter zu Halle zu bringen. Dem Kreis Bochum ist angelicht sogar der bekannte schützjägerische früher fortschrittliche Wwe (Calbe) noch zu freihändlerisch und man wünscht ihn durch einen premonstratensischen Reactionären zu ersetzen; man nennt den Commerzienrath Baare in Bochum. In Kenney-Wettmann wünscht man den kirchlich entschieden freisinnigen nationalliberalen Dr. Tschow durch einen kirchlichen Mann zu vertreiben. Solche Fälle sind aber ganz vereinzelt. Die Alt-, Neu- und Freiconservativen haben sich noch kaum vernehmen lassen über ihr Verhältniß zu den bisher von Nationalliberalen besetzten Wahlkreisen vorzuschlagende Candidaten. Dem Fortschritt gegenüber sind sie hier und da hervorgetreten. Diese letztere Partei zeigt bisher nirgends die Absicht, den Nationalliberalen in ihren Kreisen Schwierigkeiten zu bereiten, und umgekehrt ist dasselbe der Fall. So verlannt aus Berlin, daß folgende 6 Candidaten aufgestellt werden sollen: Rog, Birkow, Jelle, Stragmann, Herr, Sauten-Julienfeld. In den drei bisher stat. Christlich-Sozialen Kreisen der Hauptstadt wollen die Christlich-Sozialen ihren Männer ihrer Farbe gegenüberstellen: Stöder im 6., Pastor Engel im 4., Maler Bernsdorf im 3. Ob die zur Trennung von Fortschritt und Nationalliberalen bestimmte Candidatur Fall's in Berlin aufrecht erhalten wird, steht noch dahin. Das Centrum wird im Großen und Ganzen die bisherigen Männer durchzubringen versuchen. Bemerkenswerth ist, daß Dr. Jörg und Köttinger auf eine Wiederwahl verzichten. Die Socialisten wollen überall, wo sie Anhänger zählen, ihre Leute aufstellen; ihre Kraft wollen sie aber für die Kreise concentriren, wo sie Aussicht auf Erfolg haben. Natürlich will man überall auch in bisher socialistischen Kreisen Candidaten der Ordnungspartei aufstellen; außer den schon erwähnten Berliner Kreisen hört man noch aus folgenden von Männern der letzteren: Reichendach-Neurode gegen Kapell Groß von den Liberalen, Personker-Gedonitz von den Conservativen und Dr. Franz von den Ultramontanen; Tredden links d. E. gegen Pöbel Schaffrath von den Liberalen, v. Friesen von den Conservativen; Glauchau-Meerane gegen Brade allerseits Prof. Birnbaum; Solingen gegen Rittinghausen der Fortschrittspartei Bürger. Eine Anzahl von Abgeordneten verschiedener Parteien haben erklärt, auf Wiederwahl verzichten zu wollen. U. A. Didert (f.) Königsberg; Sauten-Tarpulchen (f.) Berlin; Dr. Holtz (dem.) Frankfurt a. M., an dessen Stelle Sonnenmann in Aussicht genommen ist; Jordan (n. l.) Landau; Schmidt (n. l.) Zweibrücken; Frankenburg (f.) Würzburg. Aus zwei Wahlkreisen nennt man Männer, welche conservativseits den bisherigen nationalliberalen Abgeordneten entgegengestellt werden sollen: Freiberg (Sachsen) von Velschlagel gegen Penzig, und Naumburg-Beiz Graf Flemming gegen Koblant. Liberalerseits will man in Wittenberg Siemens gegen den Conservativen v. Hellendorf aufstellen; in München II. Wassei gegen den Ultramontanen Westermayer. In Bayern hofft man überdies in Ansbach und Gunglshausen, vielleicht in Röttingen die Ultramontanen zu besiegen.

In einem Artikel über die Verantwortung für die Reichstagsauflösung polemisiert die halbamtliche „Provinzial-Correspondenz“ gegen den Wahlausruf der nationalliberalen Partei. Eigentümlich genug wendet sie sich dabei weit weniger gegen dieses Manifest selbst, als gegen einzelne Pressstimmen. Die nationalliberale Partei darf aber, nachdem ihre officielle Kundgebung vorliegt, wohl verlangen, nur nach dieser, und nicht nach einer irgendwo aus dem Zusammenhange gerissenen Zeitungsausschereung beurtheilt zu werden. Noch stiller aber ist, daß das Organ der Regierung gerade diejenige Stelle des Ausrufs, auf welche es bei der von ihm gestellten Frage antwortet, gar nicht einmal mittheilt. Diese Stelle lautet: „Wir sind davon überzeugt, daß auch die große Mehrheit des aufgelösten Reichstags hierbei (bei dem Kampfe gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie) ihre Mitwirkung nicht verweigert haben würde, welche unsere politischen Freunde schon damals anboten, als der Reichstag sich gezwungen sah, das im letzten Augenblicke vorgelegte Gesetz abzulehnen“. Der Grund der Weglassung dieses Satzes ist freilich nicht schwer zu finden. Die „Prov.-Corresp.“ verachtet nämlich als einen bereits erreichten Erfolg des von der Regierung gethanen Schrittes zu constatiren, daß sofort nach der Auflösung die bisherigen Gegner sich für die „entschlossene“ Mitwirkung in dem Kampfe gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie erklärt haben“. Da ist freilich die Erinnerung an die früher gemachten Anerbietungen recht unangenehm. Nicht desto weniger müssen wir dem Gedächtniß der „Prov.-Corresp.“ zu Hilfe kommen. Herr v. Bennigsen erklärte am Schluß seiner Rede vom 23. Mai ausdrücklich: „Das sind im Wesentlichen die Gründe, weshalb meine Freunde und ich diese Vorlage, sowie sie ist, nicht annehmen können, während wir keineswegs die Tendenz bestreiten, den socialdemokratischen Ausschreitungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten, im Gegentheil vielmehr glauben, dieselben haben ein solches Maß erreicht, daß auf dem Boden des gemeinen Rechts durch eine feste Gesetzgebung, verbunden mit einer energischen Handhabung der Gesetze, diesen entgegengetreten werden muß.“ Herr v. Bennigsen machte also diese später erwähnten Vorschläge betreffs des Vereins- und Versammlungsrechts, sowie betreffs der Press- und Strafgesetzgebung und erklärte ausdrücklich die Bereitwilligkeit der nationalliberalen Partei, schon im Herbst zur Beratung entsprechender Regierungsvorlagen zusammenzutreten. Wie kommt angesichts dieser Thatsache das Organ der Regierung zu der Behauptung, daß die Gegner des am 24. Mai abgelehnten Gesetzeswunsches sich erst nach der Auflösung für die entschlossene Mitwirkung in dem Kampfe gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie erklärt hätten? Wenn die Verfasser der „Prov.-Corresp.“ von ihrer eigenen Verantwortlichkeit eine so geringe Vorstellung haben, so kann man sich freilich nicht wundern, wenn sie es mit der Verantwortlichkeit Anderer womöglich noch leichter nehmen. Wir bedauern, das halbamtliche Organ gleich am Beginn des Wahlkampfes in die Bahn einer solchen Hechtweise einzulassen zu sehen. Um so entscheidener aber legen wir Verwahrung dagegen ein, daß auf dieser Bahn, wie die „Prov.-Corresp.“ es that, das „kaiserliche Banner“ aufgespielt werde. Das kaiserliche Banner schützt uns Alle; keine Partei, auch keine Regierung hat das Recht, sich gegen Andersdenkende mit demselben zu decken. Es ist ein gefährliches Beginnen, den Namen des Staatsoberhauptes in den Kampf der politischen Parteien zu tragen. Dagegen würde sich die „Prov.-Corresp.“ ein wirkliches Verdienst erwerben, wenn sie endlich einmal die „Ziele und Wege“ der

Bekanntmachung.
Die im Laufe des Jahres 1863 mit Leichen Erwaesener, sowie die im Jahre 1868 mit Leichen von Kindern besetzten Gräber auf den hiesigen Friedhöfen kommen im gegenwärtigen Jahre zum Verfall.
Leipzig, am 18. Juni 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wangemann.

Bekanntmachung.
Die von uns zur Submission ausgeschriebene Neu- bez. Umpflasterung der Berliner Straße, sowie die Lieferung der Granitschwellen für dieselbe ist vergeben und werden daher die unterzeichneten gebliebenen Herren Submittenten hiermit ihrer Offerten entlassen.
Leipzig, am 18. Juni 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wangemann.

Bekanntmachung.
In Gemäßheit von §. 1 der Instruction für die Ausführungen von Wasserleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 7. Juli 1865 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Klempner Herr H. E. Paul, Geschäftlocal: Promenadenstraße 8, Wohnung: Dortheenstraße 6—8, zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.
Leipzig, den 18. Juni 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Garwig.

Regierung, welche das „Volk in seiner großen Mehrheit“ angeblich billigt, enthalten möchte. Sogar die gouvemenentale „Nordd. Allg. Ztg.“ befindet sich über dieselben, wie bereits erwähnt, in Unklarheit. Die „Frankfurter Zeitung“ läßt sich aus Berlin schreiben: „Die Veröffentlichung des Wahlmanifestes der nationalliberalen Partei hat sich verzögert; da man sich schriftlich über so Manches nicht verständigen konnte, ist die Schlussredaction dem heute hier zusammengelommenen Central-Ausschuß der Partei vorbehalten worden.“ Dem gegenüber erklärt die „N. V. Z.“, daß der Aufruf in der Sitzung vom 16. Juni entlassen sei, und zwar ohne daß über irgend einen wesentlichen Punkt eine Meinungsverschiedenheit geherrscht hätte.

Die Socialdemokratie
befindet sich zur Zeit, soweit sich dies nach ihren Schreibern beurtheilen läßt, in einer mehrwöchentlich schwankenden Stimmung. Niedergeschlagenheit und freche Drohung wechseln mit einander ab. Dem furchtbar erwaesenen Jorne des deutschen Volkes gegenüber klammert man sich an den Mangel jeglichen Nachweises einer Verbindung Robling's mit den deutschen Socialdemokraten. Aber darauf kommt es ja gar nicht an. Die schwerwiegende Thatsache ist, daß Hölzel sowohl wie Robling socialistischen Ideen gehuligt haben, und außer allem Zweifel steht, daß wenigstens der letztere unmittelbar aus diesem Ideenkreise heraus sein fluchwürdiges Verbrechen begangen hat. Die erdrückende Verantwortung, welche damit auf die ganze socialistische Agitation fällt, wird auch dadurch nicht abgemildert, daß man, wie die socialdemokratische Presse es thut, bei beiden Verbrechern eine theilweise Geistesstörung annimmt. Wenn eine derartige „Geistesstörung“ in Folge der socialistischen Wählerreize und Hesperien epidemisch wird, ist dann die Gefahr minder groß, als wenn die Verbrecher in voller Zurechnungsfähigkeit begangen werden? Die Socialdemokratie mag sich drehen und wenden wie sie will, sie wird die Thatsache nicht umgehen können, daß die beiden Attentate bewiesen haben, wozu diese Art von Agitation führen kann, führen muß. Ihr Centralorgan, der „Vorwärts“, gesteht denn auch zu, daß sich die Partei in „gedrängter Lage“ befindet, und es hält eine sehr dringende Ermahnung an die Genossen für notwendig, welche sich in Anbetracht der veränderten Lage aus dem Parteiverbande lösen möchten. Besonders erklärt es diejenigen, welche einen materiellen Nachtheil zu tragen im Stande wären, für verpflichtet, desto treuer zur Fahne zu halten. „Wo sollte das denn sonst hinaus?“ fragt es mit schlecht verhehlter Entrüstung. „Die Rosen hat man mit uns, mit der Partei geküßt, den Dornen soll man, da sie unzertrennlich von den Rosen sind, nicht jaghaft aus dem Wege gehen.“ Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, erkennt leicht, daß jene wohlhabenden Genossen, welche sich bislang aus der Socialdemokratie eine Art Spielzeug gemacht haben, in letzter Zeit zum mindesten etwas unheimlich geworden sein müssen. Um so fomiher nimmt sich die Versicherung aus, daß „gerade die tüchtigsten Menschen“ die „wahrhaft Gebildeten“ unter der Fahne der Socialdemokratie marschiren. Prahlerei ist im politischen Leben immer ein Zeichen der Schwäche, der Unsicherheit. Und das Gleiche gilt von der Drohung. Der „Vorwärts“ richtet an die „Genossen“ in fetter Schrift die Ermahnung: „Läßt Euch durch keine Provocation von der Bahn des Gesetzes abdrängen! Vorsicht, Besonnenheit! Gleich die Niederlage der Reaction ist gewiß.“ Gleich darauf aber richtet er mit sehr verständlicher Drohung an das Organ der freiconservativen Partei die Frage: „Will es, wollen seine Patrone ein deutsches Janigemetzel, eine deutsche Commune? Ja oder nein!“ Und weiter reproducirt er die

Bemerkung der „Berliner Freien Presse“: „Wir sammeln, um für spätere Fälle genügendes Material zu haben, die Verleumdungen, Streichen und die Namen ihrer verantwortlichen Redacteurs besonders an und rufen unsern Genossen, ein Gleiches zu thun.“ Man droht also bereits mit den Proscriptionslisten der socialistischen Revolution! — Wir ziehen aus alledem den Schluß, daß bei den socialdemokratischen Führern das gewohnte Vertrauen aus einem glänzenden Wahlsieg tief erschüttert ist. Für die Freunde der Ordnung ein werthvoller Fingerzeig! Die Frankfurter Socialdemokraten fordern ihre Gegner aus, mit ihnen in eine „vernünftige Discussion über die Principien der Socialdemokratie“ einzutreten. Das werden die Gegner wohl bleiben lassen. Was „diskutabel“ ist an diesen „Principien“ gehört keineswegs der Socialdemokratie an; es wird im Parlamente zum Austrage kommen auch ohne die Herren Bebel, Liebnecht und Genossen. Für den Wahlkampf kommt nur das Hauptziel der Socialdemokratie in Frage, der radicale Umsturz der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Und in dieser Beziehung gilt für und lediglich die Forderung: Mit dem Todfeinde discutirt man nicht, man wirft ihn zu Boden!

Tagesgeschichtliche Uebersicht.
Leipzig, 20. Juni.
Die „Prov.-Corresp.“ faßt den Inhalt der Bulletin der letzten Woche über das Befinden unseres Kaisers wie folgt zusammen: Die besondern ärztlichen Berichte meldeten fast täglich einen Schritt zur Besserung. Der Kaiser brachte gewöhnlich den größten Theil des Tages im Verhuhl an der geöffneten Balconthür sitzend zu und hierdurch, sowie durch meist guten oft ununterbrochenen Schlaf in den Nächten, endlich in Folge zunehmenden Appetits hob sich das Kräftegefühl des hohen Patienten. Auch die Anschwellung der Wunden nahm langsam ab. Der Bericht vom Dienstag 18., lautete dahin: „Sowohl in der Heilung der Wunden, als auch in dem Kräftezustand Sr. Majestät des Kaisers und Königs ist wiederum ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen.“ — An diesem Tage durfte auch der Prinz Heinrich der Niederlande, der Bräutigam der Prinzessin Marie, sich bei dem Kaiser persönlich verabschieden.
Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ schreibt mit Bezug auf die Verhandlungen über die Socialisten-vorlage: „Seit Monaten konnte man an Attentate voraussehen.“ „Man“ konnte das! Wer ist dieser „man“? Jedenfalls doch wohl nicht die Regierung; denn es würde sonst unbegreiflich sein, warum sie in einer ganzen langen Reichstagsession von ihrer Besorgniß absolut Nichts zu erkennen gegeben hätte. Möge sich also die „N. A. Z.“ etwas deutlicher erklären!
Die „Berl. Freie Presse“ schreibt: „Ich rufe Euch zur Scham!“ Dieses wichtige Wort Marat's, das er in dem Concert versammelten erbärmlichen Noite entgegenkleuberte, wem kommt es nicht in den Sinn, wenn er nachdenklich die Geschehnisse seit dem 11. Mai nochmals vor seinem Auge vorüberziehen läßt? — Hat wohl je ein Volk zu irgend einer Zeit so viel Erbärmlichkeit, Heuchelei und Verrohung an den Tag gelegt, als es das deutsche, das „Volk der Dichter und Denker“ in den wenig Wochen gesehen? Die kurze Zeitpanne hat gezeigt, wie tief ein Volk, ein Culturvolk sinken kann, wenn sein Charakter durch den Militarismus und blutige Kriege verrobt, wenn seine Leidenschaften durch eine künstliche, realistische Scham bäre Presse aufgeloekelt und in Bahnen gelenkt worden, die zu jenen abnennenden Abgrund führen, aus dem mythische Fünfte und mittelalterliche Modervult emporsteigen. Erschreckt erinnert man sich all der lobernen Scheiterhaufen, der Inquisitionskriege, der ritterlichen Burgverleibe und „bürgerlichen“ Kerker. Man gebent schauernd der Zeiten, wo das brutale Faustrecht seine saubere Herrschaft übte.“